

Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

www.lv-baden.de

1. Straßennetz Baden-Württemberg allgemein

Grundsätzlich ist die Verteilung der Gesamtlänge aller Straßen nach der Baulast, sowohl unter Betrachtung der Regierungsbezirke als auch der alten Länder, relativ ausgeglichen: ca. 20% liegen in der Baulast des Bundes und Landes, der Rest in der Baulast der Kreise und Gemeinden. In den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg liegt dabei der Anteil der Autobahnen und Bundesstraßen etwas höher als in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen, in denen wiederum der Anteil von Landesstraßen etwas höher liegt (Eigene Erhebung, 2016).

Straßenlänge (km)												
	Autobahn	Bundesstraße	Landesstraße	Kreisstraße	Gemeindestraße		Summe klassifiziertes Netz	Gesamtnetz		Anteil Straßenbaulast Bund am Gesamtnetz	Anteil Straßenbaulast Land am Gesamtnetz	Anteil Kreis- und Gemeindestraßen am Gesamtnetz
RB Freiburg	360	1374	2176	2746	13583		6656	20239		8,6%	10,7%	80,7%
RB Karlsruhe	340	1206	2057	2039	13030		5642	18672		8,3%	11,0%	80,7%
RB Stuttgart	495	1237	3297	4045	19145		9075	28219		6,1%	11,7%	82,2%
RB Tübingen	130	1135	2409	3142	12664		6816	19480		6,5%	12,4%	81,1%
RB KA/FR	701	2580	4232	4785	26613		12298	38910		8,4%	10,9%	80,7%
RB S/TÜ	625	2371	5707	7187	31808		15891	47699		6,3%	12,0%	81,8%
Baden	680	2249	3967	4333	23901		11229	35130		8,3%	11,3%	80,4%
Württemberg	646	2703	5972	7638	34520		16959	51479		6,5%	11,6%	81,9%



2. Generalverkehrsplan Baden-Württemberg 2010

Für den GVP 2010 wurde durch die Universität Stuttgart eine Priorisierung der Landesstraßenprojekte durchgeführt (Ressel & Klötzl, 2009). Hierbei wurden anhand von einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien die gemeldeten Projekte priorisiert.

Die Maßnahmen wurden per Formular durch die jeweiligen Regierungspräsidien gemeldet. Hierbei fiel auf, dass das RP Stuttgart sowohl in Anzahl der gemeldeten Maßnahmen, wie auch in der Summe der Kosten, z.T. deutlich mehr gemeldet hat, als die RPs Karlsruhe und Freiburg zusammen. Das RP Tübingen meldete mehr Maßnahmen, als jeweils das RP Karlsruhe und Freiburg. Die Kostensumme der „württembergischen“ Regierungsbezirke ist fast doppelt so hoch, wie die der „badischen“ Regierungsbezirke.

Nach der Priorisierung wurden pro Regierungsbezirk nur ein Anteil der gemeldeten Projekte in den Maßnahmenplan des GVP aufgenommen (Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, 2016) – basierend auf den Bewertungsverfahren der Universität Stuttgart. Auffällig ist hierbei, dass bezogen auf die Kosten der enthaltenen Maßnahmen, der RB Stuttgart – trotz der hohen Anzahl der gemeldeten Maßnahmen – auch den höchsten Anteil der aufgenommenen Projekte aufweist. Es stellt sich die Frage, ob in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg nicht mehr Maßnahmen in den GVP Aufnahme gefunden hätten, wenn auch mehr gemeldet worden wären, zumal in Bezug auf die Kosten der Maßnahmen mehr als doppelt so viele in den „württembergischen“ Regierungsbezirken liegen.

Eine Betrachtung der im GVP enthaltenen Maßnahmen nach der Zugehörigkeit zu den alten Ländern, zeigt ein nur leicht ausgeglichenes Verhältnis: 61% der Gesamtkosten liegen bei Maßnahmen in Württemberg und nur 39 in Baden. Dies entspricht weder dem Flächen- noch Bevölkerungsverhältnis.

Es stellt sich zudem die Frage, warum im Regierungsbezirk Stuttgart so viel mehr Maßnahmen an Landesstraßen gemeldet wurden, wo doch der Anteil der Landesstraßennetzes, sowohl am Gesamtnetz wie auch dem klassifizierten Straßennetz, nicht deutlich höher liegt als in den anderen Regierungsbezirken.

Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

www.lv-baden.de

Regierungs- bezirk	Gemeldete Maßnahmen		Im GVP enthaltene Maßnahmen	
	Kosten (Mio €)	Anzahl Maßnahmen	Kosten (Mio €)	Anzahl Maßnahmen
Freiburg	310	128	54	19
Karlsruhe	532	156	119	27
Stuttgart	1061	328	264	44
Tübingen	477	177	88	28
SUMME	2380	789	525	118

ehemaliges Land	Im GVP enthaltene Maßnahmen		
	Gesamtkosten (Mio €)	Anzahl Maßnahmen	Anteil Kosten am GVP
Baden	203	42	39%
Württemberg	322	76	61%
SUMME	525	118	



3. Bundesverkehrswegeplan 2030

In dem im März 2016 vorgestellten Bundesverkehrswegeplan sind tabellarisch 170 Projekte in Baden-Württemberg enthalten. Bei 138 dieser Projekte ist auch eine Investitionssumme angegeben (Bundesministerium für Verkehr, 2016), bei den restlichen Projekten fehlt diese aufgrund des sich noch im Anfang befindenden Planungsstandes. Hierbei handelt es sich um Projekte an Autobahnen (vorwiegend Ausbau), sowie um Projekte an Bundesstraßen: einerseits Erhaltungs-/Ertüchtigungsprojekte und andererseits Neubaumaßnahmen, wie z. B. Ortsumgehungen.

Die Betrachtung der Lage der einzelnen Projekte ergibt, dass von den 7,6 Mrd € Investitionssumme in Baden-Württemberg, fast exakt die Hälfte der projektierten Kosten in den Regierungsbezirken Freiburg und Karlsruhe liegen und die andere Hälfte in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen. Anzumerken ist, dass Einzelprojekte auch die Regierungsbezirksgrenzen überschreiten, wie z.B. das größte Einzelprojekt mit 1,3 Mrd € - der Ausbau der A6 zwischen den Kreuzen Walldorf und Weinsberg, das zu ungefähr jeweils 50% in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe liegt. Diese Investitionsangabe wurde daher auch zu jeweils 50% diesen Regierungsbezirken zugeordnet.

Investitionssummen (Mio €)				
	Autobahn	Bundesstraße außerorts	Bundesstraße Ortsentlastung	SUMME
Freiburg	2489,2	467,7	430,5	3387,4
Karlsruhe	2228,2	254,4	704,7	3187,3
Stuttgart	1953,2	677,5	837,2	3467,9
Tübingen	957,0	1421,3	786,9	3165,2
SUMME	7627,6	2820,9	2759,3	13207,8
KA/FR	4717,4	722,1	1135,2	6574,7
S/TÜ	2910,2	2098,8	1624,1	6633,1
Baden	4740,0	935,6	804,9	6480,5
Württemberg	2887,6	1885,3	1954,4	6727,3

Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

www.lv-baden.de

Investitionssummen (Mio €)				
	Autobahn	Bundesstraße außerorts	Bundesstraße Ortsentlastung	SUMME
Freiburg	33%	17%	16%	26%
Karlsruhe	29%	9%	26%	24%
Stuttgart	26%	24%	30%	26%
Tübingen	13%	50%	29%	24%
KA/FR	62%	26%	41%	50%
S/TÜ	38%	74%	59%	50%
Baden	62%	33%	29%	49%
Württemberg	38%	67%	71%	51%

Die „badischen“ Regierungsbezirke, bzw. die Autobahnprojekte innerhalb der ehemaligen badischen Landesgrenzen erhalten deutlich mehr Investitionen, als der württembergische Landesteil. Zu Bedenken ist aber, dass in Bezug auf den Autobahnausbau bereits in den vergangenen Jahren Projekte im württembergischen Landesteil abgeschlossen wurden und so nicht mehr im BVWP 2030 auftauchen.

Entsprechend der Gesamtverteilung der Investitionen ist somit der württembergische Anteil an Bundesstraßeninvestitionen größer. Insbesondere die Investitionen in Umgehungen von bisher durch Wohnorte verlaufenden Bundesstraßen, zeigt ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten von Gemeinden in den ehemaligen Ländern Württemberg und Hohenzollern. Nur ca. 30% der Gesamtinvestitionssumme in diesen Projekttyp geht an badische Gemeinden. Das Ungleichgewicht wird noch verschärft wenn berücksichtigt wird, dass es sich bei den 32 Projekten, für die keine Investitionssumme angegeben wird, bei 22 Projekten um Ortsumgehungen handelt, von denen wiederum 16 in Württemberg und nur 6 in Baden liegen. Die Notwendigkeit und/oder Priorisierung von solchen Projekten sollte nicht alleine auf der Tatsache beruhen ob eine Bundesstraße durch einen Ort führt, sondern vielmehr von deren Verkehrsbelastung und den damit verbundenen Beeinträchtigungen der Anwohner. Eine kartographische Auswertung (Eigene Erhebung, 2016) hat aber ergeben, dass z.B. in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Freiburg 199 Kommunen einen Verlauf einer Bundesstraße von mehr als 100 Metern durch die tatsächliche Ortslage aufweisen, während dies in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen nur 186 sind.



4. Quellen

Bundesministerium für Verkehr. (2016). *Bundesverkehrswegeplan 2030 Entwurf März 2016*. Berlin.

Eigene Erhebung. (2016). *Auswertung Geodatenätze Openstreetmap & DLM250 (Bundesamt für Kartographie und Geodäsie)*.

Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg. (28. August 2016). *Generalverkehrsplan 2010 Baden-Württemberg, Maßnahmenplan Landesstraßen, Stand 20.11.2013*. Von http://vm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mvi/intern/Dateien/PDF/GVP/GVP_Ma%C3%9Fnahmenliste.pdf abgerufen

Ressel, W., & Klötzl, S. (2009). *Bewertung von Maßnahmen zum Bedarfsplan Landesstraßen für die Fortschreibung des Generalverkehrsplans Baden-Württemberg*. Stuttgart: Universität Stuttgart, Institut für Straßen- und Verkehrswesen, Lehrstuhl für Straßenplanung und Straßenbau.

LV Baden, 2016-09-05 pmk